

## „Bologna“ – mehr als ein lohnendes Urlaubsziel in der Emilia?

Hoher struktureller Unterrichtsausfall, schwierige Schüler, Ärger mit Kollegen, unzureichende Schulausstattung, gewachsene Belastungen – über diese „Alltagsprobleme“ hinaus wies **Dr. Markus Böhner**, Leiter des Studienseminars für berufsbildende Schulen in Mainz, bei einem Vortrag vor Kolleginnen und Kollegen des vlw in der BBS Simmern „Wir müssen für die Qualität unserer Lehre und Ausbildung kämpfen“ – dies war eine der Kernaussagen seines bemerkenswerten Vortrags.

Auf Einladung von **Gernot Kormann**, Vorsitzender des Bezirks Koblenz, waren Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen des Bezirkes zur BBS Simmern gekommen. Dr. Markus Böhner referierte zum Thema „Die verschlungenen Pfade des Wirkungsprozesses von ‚Bologna‘ auf die Unterrichtsvorgaben und den zu haltenden Unterricht an berufsbildenden Schulen“. Schnell wurde den Anwesenden klar, dass auch wir, in unserer täglichen Arbeit, vom „Bologna-Prozess“ betroffen sind.



Gernot Kormann (l.), Dr. Markus Böhner (r.)

Zu Beginn stellte Dr. Böhner fünf zentrale Wirkungen des „Bologna-Prozesses“ auf die Berufsbildenden Schulen vor:

1. Modularisierung des Lehr/Lernangebots.
2. Entwicklung zur Outputhaltung, Betrachtung der Ergebnisse von Lehr/Lernprozessen/ Outcomehaltung, mögliche Auswirkungen auf das Berufsleben.
3. Trend zur inhaltlich-curricularen Standardisierung.
4. Entwicklung kürzerer, strafferer Ausbildungsgänge.
5. Vom „Diplom-Handelslehrer“ zum „WIPÄD-Master“, erhöhter Aufwand für die Praktikumsbetreuung an unseren Schulen, Verkürzung des Vorbereitungsdienstes.

Er betonte, dass – im Gegensatz zu manch früheren Erfahrungen – eine fundierte Fachlichkeit die kompetenzorientierte pädagogische Arbeit erleichtere. Allerdings erfordert der „Bologna-Prozess“ völlig neue Anstrengungen etwa im organisatorischen Bereich – z.B. bei der möglichen Auflösung des Stundenplans. Auch ist die Frage zu stellen, inwieweit andere als schulische Leistungen beim Erwerb von „Credit Points“ anerkannt werden können, etwa als „informelle Kompetenzen“.

Die rege Diskussion erbrachte auch Fragen, Zweifel und Widerspruch: Der Unterricht in „Modulen“ führt, so die Befürchtung, zur Vereinzelung, zur Auflösung von Klassenverbänden; Module oder Lernfelder seien zu „kleinschrittig“, die Übersicht gehe verloren. Der Lernfeld-Unterricht sei schwer zu organisieren, es fehlten entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Eine zentrale Frage ist, wie unsere Abschlüsse international einzuordnen sind. Die Richtschnur dafür bildet der „Europäische Qualifikationsrahmen“ (EQR), nach dem die Abschlüsse – international vergleichbar – eingeordnet werden. Der EQR für lebenslanges Lernen ist eine Initiative der Europäischen Union (EU), er soll berufliche Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbar machen. Bedingt durch die Unterschiede im Ausbildungssystem, müssen wir befürchten, dass die Abschlüsse unserer Schülerinnen und Schüler international unterbewertet sein könnten, etwa durch die Einordnung in die „Niveaustufe 3“ des EQR, während an einem „Technical College“ erworbene Qualifikationen, die möglicherweise für die Berufsausübung von geringerem Wert sind, auf Niveaustufe 5 eingeordnet werden, was erhebliche Auswirkungen auf die Vergütung und die Übertragung von Verantwortung im Arbeitsprozess hat.

Auch auf den wirtschaftspädagogischen Studiengang an der Uni Mainz wirken sich die Veränderungen des Bologna-Prozesses gravierend aus. Den „Diplom-Handelslehrer“ gibt es jetzt nicht mehr, die Studierenden erwerben den Abschluss eines „Masters of Education“, der Vorbereitungsdienst wird auf 15 Monate verkürzt, die Zahl der Praktikantinnen und Praktikanten wächst stark an (ohne dass die betreuenden Kolleginnen und Kollegen in den Schulen für die erhebliche Mehrarbeit angemessen entlastet werden).

Zum Schluss stellte Dr. Markus Böhner wichtige Fragen:

- Wie arbeiten wir zukünftig „modulartig“?
- Arbeiten wir hinreichend austauschbar (für die Mobilität der Schülerschaft)?

- Verstehen wir die „Kompetenzorientierung“ hinreichend?
- Sind wir uns über die Funktionen fachlicher Inhalte im Klaren?
- Wie gehen wir mit den neuen Lehrplänen um?
- Können wir informelles Lernen und Lernen am anderen Ort akzeptieren?
- Können wir uns zu regionalen Kompetenzzentren entwickeln?
- Wie gelingt es uns, die Wertigkeit unserer beruflichen Bildung zu erhalten?
- Wie gelingt es uns, die Qualität unserer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu erhöhen?

Zum Schluss bedankte sich **Gernot Kormann** bei **Dr. Markus Böhner**, dessen „Vortrag“ sich zum regen Meinungsaustausch entwickelte, und beim Hausherrn, **Herrn OSTD W. Herbst**, Schulleiter der BBS Simmern, der auch intensiv an der Diskussion teilnahm.

In seiner anschließenden Bezirksversammlung stellte der Bezirk Koblenz wichtige Weichen für die Landesdelegiertenversammlung des **vlw** am 9. November 2010 im Emmelshausen.

### Gisela Wüsten - nach 30jähriger Tätigkeit in der Personalvertretung verabschiedet

Ende Juli dieses Jahres verabschiedete sich **StD Gisela Wüsten**, stellvertretende Landesvorsitzende des **vlw**, aus dem landesweit zuständigen Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier. **Willi Detemple**, Vorsitzender des BPR BBS, würdigte in seiner Ansprache das dreißig Jahre währende Engagement von Frau Wüsten für die Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Personalvertretungen im Bereich der berufsbildenden Schulen, im Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein, im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung in Trier, im Hauptpersonalrat in Mainz und schließlich wieder im Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier.

Ihre Personalratstätigkeit begann im Jahre 1980 mit der Wahl in den Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein; von 1988 bis 1993 war sie Mitglied im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung Trier und im Jahr 1989 übernahm sie zudem als Nachrückerin für **Helga Giebson** den stellvertretenden Vorsitz im Hauptpersonalrat. Diese Aufgabe füllte sie elf

Jahre lang aus bis zur Verwaltungsreform im Jahre 2000, die die Auflösung der Bezirksregierungen mit sich brachte und im September 2000 zur Entstehung landesweiter Bezirkspersonalräte im Bereich der Schulen führte. Dorthin wechselte sie aus dem HPR in den neu entstandenen Bezirkspersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen bei der ADD in Trier und übernahm dort ebenfalls den stellvertretenden Vorsitz. Gerade die ersten Jahre in diesem neu geschaffenen Gremium, das in seiner Arbeit die gänzlich „unterschiedlichen Kulturen“ von drei Fachreferaten verbinden musste, bedeutete in jeder Hinsicht eine große Herausforderung. Herr Detemple würdigte die Leistung von Frau Wüsten und ihre oft ausgleichende und konstruktive Art beim Finden tragfähiger Kompromisse und Positionen in den sich anschließenden zehn Jahren in diesem Gremium, die entscheidend mit dazu beigetragen habe, dass sich inzwischen ein nun landesweiter Bezirkspersonalrat etabliert hat, der im Bereich der berufsbildenden Schulen Vieles zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen beeinflussen konnte.

Frau Wüsten dankte allen BPR-Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dem Vorsitzenden und auch den Gästen aus dem Fachreferat und dem Personalreferat der ADD bei aller Gegensätzlichkeit für das faire und von Toleranz geprägte Miteinander. „Unsere Kolleginnen und Kollegen der berufsbildenden Schulen können sicher sein, sie sind bei diesem Personalrat in den besten Händen! Ihre Anliegen und Interessen werden mit großem Sachverstand und mit hohem Engagement vertreten.“



Gisela Wüsten und Willi Detemple

## Landesverordnung zur Fachoberschule – eine Schulform der BBS!

Auf seiner Sitzung am 27. August 2010 verabschiedete der Landesvorstand des **vlw** folgende Entschließung zum Entwurf der „Landesverordnung über die Fachoberschule“:

Im Entwurf zur Landesverordnung über die Fachoberschule fällt die Terminologie „Fachoberschule an der Realschule plus“ auf. **Die Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden Schule.** Diese Auffassung wurde im Battis-Gutachten bestätigt.

Die Investitionen, die in naher Zukunft für den Aufbau der neuen Fachoberschulen getätigt werden müssen, **sind zum größten Teil als überflüssig anzusehen**, da die notwendigen Fachräume an den berufsbildenden Schulen schon vorhanden sind, ebenso wie die berufsbezogene Qualifikation der Lehrkräfte.

In der Verordnung ist die Rede von zusätzlichen Kosten pro Klassenraum von 190.440 €, pro Fachraum bis zu 380.880 €. Aus Sicht des Steuerzahlers ist dies in keiner Weise gerechtfertigt, schon vor dem Hintergrund der bald greifenden Schuldenbremse.

Die Fachoberschule wird von einer A14-Lehrkraft mit berufsbezogener Ausbildung geleitet werden, was von uns grundsätzlich begrüßt wird. In Anbetracht eines nach wie vor hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an berufsbildenden Schulen ist jedoch zu fragen, **woher diese Lehrkräfte kommen sollen, da diese an den berufsbildenden Schulen weiterhin dringend benötigt werden. Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Nachwuchsgewinnung an Lehrkräften für berufsbildende Schulen zu verbessern.**

Es ist absehbar, dass eine zentrale Aufgabe des Organisationsleiters der Fachoberschule darin bestehen wird, sich der Kontakte zur Wirtschaft zu bedienen, um die notwendigen Praktikantenstellen zu besorgen. Auch an dieser Stelle wird deutlich, wie die

Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen als Steigbügelhalter für den Erfolg der Realschule plus missbraucht werden.

Die ministerielle Zuständigkeit für die Fachoberschule muss entsprechend der Zuordnung zur berufsbildenden Schule im Schulgesetz auch bei der Abteilung 4d im Ministerium liegen.

**Nach wie vor besteht der vlw darauf, dass der berufsbezogene Unterricht der Fachoberschule an der Realschule plus nur von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für berufsbildende Schulen durchgeführt wird.**

## BBS Donnersbergkreis – Einigungsstelle empfiehlt, Außenstelle in Alsenz nicht einzurichten

In Alsenz sollte, an der „Nordpfalzschule“, eine Außenstelle der BBS Donnersbergkreis eingerichtet werden. Dies wurde von der Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, dem Bezirks- und dem Hauptpersonalrat an BBS einhellig abgelehnt. Dieser Ablehnung schloss sich nunmehr die Einigungsstelle in ihrer Empfehlung an.

In der Außenstelle sollten zukünftig die Klassen der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, zweizügig unterrichtet werden. Hierzu machten die Personalräte geltend, dass die Einrichtung eines vierten Standortes für die BBS Donnersbergkreis nicht sinnvoll sei, da am Standort Rockenhausen genügend Räumlichkeiten für die Unterbringung der beiden Klassen zur Verfügung stünden. Für über 80% der angemeldeten Schülerinnen und Schüler würde der Schulweg nach Alsenz zudem einen erheblich weiteren Schulweg, für die Kolleginnen und Kollegen der Schule der zusätzliche Schulstandort eine weitere Mehrbelastung bedeuten.

Die beiden Vertreter des vlw im Hauptpersonalrat, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz, begrüßen das Votum der Einigungsstelle. „Dies ist im Sinne der Schülerinnen und Schüler, denen weite Wege erspart bleiben, aber auch im Sinne der Unterrichtenden, denen ein vierter Schulstandort zugemutet werden sollte. Es kann nicht angehen, dass die Schulpolitik des Donnersbergkreises auf dem Rücken aller Beteiligten ausgetragen wird“, so Karl-Heinz Fuß. Mit Interesse erwarten alle Betroffenen, wie das Ministerium auf den Spruch der Einigungsstelle reagieren wird.